

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/75

Bad Godesberg, den 20. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Konrad Adenauer</u>	47

2	<u>Atomsperrvertrag</u>	40
---	-------------------------	----

Das aktuelle Problem der internationalen Politik

3 - 4	<u>Erwachsenenbildungsgesetz in Niedersachsen</u>	89
-------	---	----

Ein großer Schritt voran

Von Dietrich Kreikemeier

5 - 6	<u>Osteuropa braucht mehr Energiequellen</u>	93
-------	--	----

Auf der Suche nach neuen Ölgebieten

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !

532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus

Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NVVD 0885603

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Bäunscheidstraße 17 - Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886880

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Konrad Adenauer †

sp. - Konrad Adenauer ist nicht mehr. Die Nachricht von seinem Tode wird Millionen Menschen wieder daran erinnern, mit welcher Zielstrebigkeit dieser Mann die deutsche und europäische Politik Zeit seines Lebens beeinflusst hat. Konrad Adenauer war ein Gegner der Sozialdemokratie. Er bekämpfte die SPD, er nahm kaum Rücksicht auf das, was diese große Partei für unser Volk gewollt und getan hat. Erst am Ende seines Lebens, als Altbundeskanzler, erkannte er, daß die Sozialdemokratie nicht für immer aus der Regierungsverantwortung ferngehalten werden darf. Er gehörte zu den Befürwortern der Großen Koalition.

Der langjährige Bundeskanzler und Vorsitzende der Christlich-DEMokratischen Union lebte von und mit der Vision, Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes in die Gemeinschaft der freien Völker zu führen. Als Realist kämpfte er für die Anerkennung dieses Prinzips auch unter Umständen, in denen es versagt bleiben mußte, dem g a n z e n deutschen Volk diesen Weg zu öffnen. Die Bundesrepublik Deutschland, ein wesentlicher, aber eben doch nur ein Teil Deutschlands, wurde von Konrad Adenauer geprägt. Er war es, der nach 1949 die Weichen zu einer Politik stellte, die auch von einem Teil der früheren Siegermächte gebilligt wurde.

In der Stunde des Todes soll nicht davon gesprochen werden, ob es auch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Adenauer sah nur eine Möglichkeit, folgte nur einem Weg. Er war bereit, alle Konsequenzen dieses einen Weges auf sich zu nehmen.

Der Tod Konrad Adenauers reißt wieder eine tiefe Lücke in die Reihen jener Männer, die wie er zunächst die westliche Einheit anstrebten, um über diese dann später zu einer größeren Einheit, zur Einheit Europas, zu gelangen. Vor ihm schon gingen aus dieser Welt Männer wie Robert Schuman und de Gasperi. Sie alle waren Architekten jenes Europa, das sich als politisches Erbe eines christlichen Auftrags betrachtete. Es war und ist dies heute noch das Europa der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die aber gerade jetzt sich anschickt, ihre ursprünglichen Grenzen zu erweitern und auch alle jene geistigen Ströme miteinander zu verbinden, die ihren Ursprung in der allgemeinen humanitas, in der Vorstellungswelt der modernen Philosophie einer sozial geprägten Gesellschaftsordnung ohne Dogmatismus hat.

Man hat Konrad Adenauer einmal einen erpatischen Block genannt, eine Persönlichkeit, die als Staatsmann mit tiefer Gläubigkeit bereit war, seinen Glauben und sein Weltbild zum Maßstab aller Dinge zu erheben. Man könnte meinen, daß ihm dies geglückt sei. Aber schon auf dem Gipfel der Macht wandelte sich dieses Bild zu einer größeren Einheit hin.

Konrad Adenauer, bewundert und geachtet von Millionen Menschen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, hat vom Gipfel seines Alters und seiner staatsmännischen Macht diese neue Welt schon gesehen. Er scheidet von uns als der große alte Mann der Bundesrepublik Deutschland, dem die Achtung und der Dank auch seiner politischen Gegner gebührt.

Atomsperrvertrag

Das aktuelle Problem der internationalen Politik

sp - Die Diskussion über den Atomsperrvertrag - er soll die Weitergabe nuklearer Waffen an nichtnukleare Länder verhindern - hat weitweirte Ausmaße angenommen. Der Sperrvertrag wurde zum aktuellen Problem der internationalen Politik. Die Bundesregierung wird in der kommenden Woche eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zu diesem Thema zu beantworten haben. Wird sie in der Lage sein, die Befürchtungen vor wirtschaftlicher Diskriminierung durch den Sperrvertrag zu zerstreuen? Offensichtlich ist es dem deutschen Abrüstungsbeauftragten, Schnippenkötter, bei seinen Gesprächen mit den amerikanischen Experten - entgegen ursprünglich pessimistisch gefärbten Zweckmeldungen - doch gelungen, einige befriedigende Zusagen auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet zu erhalten. Auch haben sich die von einigen Zeitungen verbreiteten Gerüchte, das Bundeskabinett werde auf der Sitzung des NATO-Rates in Paris ein Veto gegen die Absicht der amerikanischen Regierung einlegen, unverzügliche Verhandlungen mit der Sowjetunion mit dem Ziel aufzunehmen, der Genfer Abrüstungskonferenz vor deren Wiedertzusammentritt am 9. Mai 1967 einen gemeinsamen Entwurf für einen Atomsperrvertrag vorzulegen, als Tartarennachrichten erwiesen. Russen und Amerikaner scheinen nun entschlossen zu sein, die Dinge voranzutreiben, nachdem sie wiederholt ihre Terminpläne ändern mußten. Das Bundeskabinett steht vor einer schweren Entscheidung.

Die deutsche Diskussion über den Atomsperrvertrag hat von Anfang an darunter gelitten, daß sie nur von deutschen Befürchtungen ausging. Aber der Sperrvertrag, dessen Grundgedanke von der Weltmeinung bejaht wird, schafft nicht nur für die deutsche Seite Probleme; von seinen Auswirkungen und seinem Kontrollsystem sind a l l e nichtnuklearen Länder betroffen. Er verlangt von ihnen Opfer, er sichert den USA und der Sowjetunion eine privilegierte Stellung, wie sie in der bisherigen Geschichte noch keine Weltmächte inne hatten. Der frühere belgische Außenminister Henry Spaak drückte dieser Tage das so aus: "Selbst die größten Eroberer der Vergangenheit hätten sich niemals eine solche Stellung zu erträumen gewagt, gibt sie ihnen doch die Möglichkeit, wenn sie es wollen, Gewalt anzuwenden, um sich die Welt zu teilen oder sie zu beherrschen."

Das gute Recht und ihr Lebensinteresse gebietet es den nichtnuklearen Ländern, sich dagegen zu schützen, daß die von ihnen akzeptierte militärische Überlegenheit der Supermächte sich nicht als ein Hemmnis für die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke und den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt erweist. Die Zukunft dieser Länder hängt von der ungehinderten Teilnahme an diesem Fortschritt ab. Nur unter diesen überragenden Gesichtspunkten rechtfertigen sich die Bedenken gegen einige Aspekte des Sperrvertrages, soweit er bisher zu erkennen ist. An den Russen und Amerikanern liegt es, diese Bedenken aus der Welt zu schaffen und das Vertragswerk so zu gestalten, daß es nach einer Periode gemachter Erfahrungen vielleicht notwendige Revisionsmöglichkeiten zuläßt. Wirtschaftliche und technische Diskriminierung der nichtnuklearen Länder würden Emotionen und Gefahren heraufbeschwören, die das vorgesehene Vertragswerk, auf lange Sicht gesehen, auf äußerst fragwürdige Grundlagen stellen.

Erwachsenenbildungsgesetz in Niedersachsen

Ein großer Schritt voran

Von Dietrich Kreikemeier

Der Niedersächsische Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs (SPD) hat dem Niedersächsischen Landtag den Beschluß der Landesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung zur Beschlußfassung zugeleitet; der Landtag hat die Beratung des Entwurfs am 19. April 1967 aufgenommen. Zum zweitenmal leitet damit ein Land der Bundesrepublik entscheidende Maßnahmen zur rechtlichen und finanziellen Sicherung der Erwachsenenbildung ein.

Das bisher einzige Landesgesetz, das "Gesetz über die Zuschußgewährung an Volkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen" wurde 1953 vom Landtag in Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Es hatte seinen Ausgang in einem 1951 von der SPD-Fraktion des Landtags vorgelegten Gesetzentwurf und sichert den Einrichtungen der Erwachsenenbildung regelmäßige Zuschüsse des Landes zu.

Die niedersächsische Initiative geht auf das Jahr 1961 zurück, als der damalige Kultusminister des Landes, Richard Voigt (SPD) eine "Studienkommission für Fragen der Erwachsenenbildung" berief und ihr den Auftrag erteilte, ihm Vorschläge für eine gesetzliche Regelung der Erwachsenenbildung auszuarbeiten. Die Studienkommission legte nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit ihr Gutachten vor in dem sie gleichfalls "eine Verpflichtung des Landes für die Erwachsenenbildung und deren Sicherung durch Landesgesetz" als dringend erforderlich empfahl. Der nun von der niedersächsischen Landesregierung beschlossene Gesetzesentwurf geht in den wichtigsten seiner Bestimmungen auf die Empfehlungen der Studienkommission zurück.

In der Gesetzesbegründung bekennt sich die Landesregierung zu der Überlegung, daß sich der Staat den Aufgaben, die im Bereich der Erwachsenenbildung auf ihn warten, nicht länger entziehen kann, nachdem die die Erwachsenenbildung bisher tragenden Institutionen inzwischen die Grenze ihres Leistungsvermögens überschritten haben. Mit dem Ziel, einem Stillstand oder gar einer Schrumpfung der Arbeit in der Erwachsenenbildung zu begegnen und die Weiterführung und den Ausbau des Begonnenen zu sichern, eröffnet das Gesetz eine Ordnung, die der Erwachsenenbildung die erforderlichen Hilfen und rechtlichen Handhaben gibt.

Ausdrücklich will das Land dabei wegen des der Erwachsenenbildung inwohnenden Prinzips der Freiwilligkeit sowohl auf eine der Schulaufsicht vergleichbare Staatsaufsicht als auch auf den Aufbau eines eigenen staatlichen Netzes von Bildungsrichtungen verzichten. Der Gesetzentwurf sichert den Einrichtungen der Er-

wachsenenbildung außerdem das Recht auf selbständige Lehrplangestaltung sowie die Freiheit der Lehre und die Freiheit in der Auswahl der Leiter und Mitarbeiter ausdrücklich zu.

In der finanziellen Förderung der Bildungseinrichtungen geht der Gesetzentwurf über das zur Zeit übliche Maß staatlicher Hilfen hinaus. Einen besonderen Schwerpunkt sollen die Personalkostenzuschüsse bilden. Das Land soll sich verpflichten, die Personalkosten der hauptberuflichen pädagogischen Kräfte in den Bildungseinrichtungen in voller Höhe zu übernehmen. Die sonstigen Aufwendungen der Einrichtungen sollen zu mindestens 40 v.H. bezuschußt werden.

Einen erheblichen Schritt nach vorn in den Bemühungen um eine sinnvolle Eingliederung der Erwachsenenbildung in das System unseres öffentlichen Bildungswesens stellt zweifellos die geplante Errichtung einer "Verwaltungsstelle für Erwachsenenbildung" dar. Diese Stelle soll als Anstalt des öffentlichen Rechts Anstellungsbehörde für qualifizierte hauptberufliche Mitarbeiter der Erwachsenenbildung werden, denen damit die gleiche rechtliche und soziale Sicherheit wie den Angehörigen des öffentlichen Dienstes geboten wird.

Ein Beweis für die Bereitschaft des Staates zur Kooperation mit der freien Erwachsenenbildung ist die im Gesetzentwurf vorgesehene Errichtung eines "Landesausschusses für Erwachsenenbildung". Die Landesregierung folgte bei diesem Vorschlag der Überlegung, daß die ihr zukünftig zuzuweisenden Aufgaben nur dann sachgerecht gelöst werden können, wenn sie sich bei ihren Planungen und Entscheidungen von Sachverständigen beraten und unterstützen läßt. Der Landesausschuß soll die Entwicklung der Erwachsenenbildung durch Gutachten, Untersuchungen und Empfehlungen fördern und den Kultusminister in allen grundsätzlichen Fragen der Erwachsenenbildung beraten; ihm werden zu zwei Dritteln Vertreter der Landesorganisationen der Erwachsenenbildung angehören.

Die niedersächsische Landesregierung hat diesen Gesetzentwurf zu einem Zeitpunkt beschlossen, zu dem die finanzielle Situation dazu zwingt, mit allem Ernst Prioritäten in der staatlichen Förderungspolitik zu setzen. Sie liefert mit dieser Vorlage sichtbar den Beweis, daß nach ihrer Auffassung die Aufgabe, die Erwachsenenbildung gesetzlich zu fördern und ihr damit eine gesicherte Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen, zu diesen Prioritäten im Bereich der Kulturpolitik zu gehören hat.

An den Beratungen über den Gesetzentwurf wurden schon im Anfangsstadium die Landesorganisationen der Erwachsenenbildung in Niedersachsen sowie die Kirchen regelmäßig beteiligt. So findet der Entwurf schon jetzt eine breite Unterstützung. In den ersten Stellungnahmen wird bestätigt, daß hier der Entwurf für das erste substantielle Erwachsenenbildungsgesetz in Deutschland vorliegt, das - von weittragender bildungspolitischer Bedeutung - entscheidende Impulse in der deutschen Erwachsenenbildung auslösen werde.

Osteuropa braucht mehr Energiequellen

Auf der Suche nach neuen Ölgebieten

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges hätte es beinahe einen neuen Krieg gegeben - einen Krieg zwischen Persien und der Sowjetunion. Im Grunde ging es, wie schon so oft zuvor, um Öl, genauer gesagt: um Ölkonzessionen in Nordpersien, die die Sowjets gerne gehabt hätten, die aber der damalige persische Ministerpräsident Mohammed Sayed nicht geben wollte. Daraufhin überschritten sowjetische Truppen die Grenze von Aserbeidschan und etablierten sich in Bildaschi in der Nähe der Grenzstadt Astara am Kaspischen Meer. Unter diesem massiven Druck wurde von einem der Sowjets geneigteren Ministerpräsidenten am 4.4.46 ein persisch-sowjetisches Erdölabkommen unterzeichnet. Dieser Vertrag zufolge sollte die Sowjetunion die Mehrheit der Aktien einer geplanten nordpersischen Erdölgesellschaft erhalten. Aber statt diesen Vertrag nun auch zu ratifizieren, unterzeichnete eine abermals neue persische Regierung ein Jahr später ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten, das sich ganz einfach auf amerikanische Militärhilfe bezog. Damit war den sowjetischen Wünschen der Stachel gebrochen worden, aber noch 1950, als schon längst wirklich ein neuer Krieg, nämlich der in Korea, tobte, galt Persien als der nächstmögliche Kriegsschauplatz.

Zu jenem Zeitpunkt war die Sowjetunion nämlich noch ein Zwerg unter den Erdöl produzierenden Staaten. Das hing eng mit der Stalin'schen Wirtschaftspolitik zusammen, die Erdöl nur für guten Panzer-treibstoff hielt. Stalin soll sich lange Zeit sogar mit der Idee getraut haben, die ohnehin geringe Erdölförderung radikal einzuschränken. Aber dann kam Chruschtschow, und er erkannte den Wert des Erdöls. 1 000 Tonnen Braunkohle ergeben 11 Tonnen Benzin und 63 Tonnen Dieselloil. 1 000 Tonnen Erdöl aber ergeben ein Vielfaches dieser Menge - etwa 200 Tonnen Benzin und 210 Tonnen Dieselloil. Chruschtschow wagte daher einen seiner berühmten großen Sprünge und plante für 1970 eine Produktion von 390 Millionen Tonnen - rund das Dreizehnfache der Menge, die noch zum Zeitpunkt des persisch-sowjetischen Konflikts gefördert worden war. In diesem Jahr dürfte die Sowjetunion voraussichtlich schon 286 Millionen Tonnen produzieren, aber obgleich der Vormarsch unübersehbar ist, haben die realeren Wirtschaftspolitiker nach Stalin den Plan für 1970 doch etwas abgeändert - von 390 auf nur mehr 335 Millionen Tonnen.

Ölgebiet Westsibirien

Diese Planänderung ist nur zu verstehen, wenn man die ungeheuren Anstrengungen einschätzt, die die Sowjetunion allein für die geographische Umstrukturierung ihrer Erdölförderung eingesetzt hat. Zu Kriegsbeginn stammten noch 80 Prozent allen sowjetischen Erdöls aus den Quellen von Baku, mit denen sich Stalin sehr verbunden fühlte. Aber im Verlauf des Aufschwungs mußte man feststellen, daß diese traditionellen Erdölfelder den neuen Anforderungen nicht mehr entsprachen. Heute stammen nur noch etwa zehn Prozent des sowjetischen Erdöls aus dem Kaukasusgebiet; hingegen werden 80 Prozent an der Wolga und um Ural gefördert. Aber die bevorstehende Automotorisierung der sowjetischen Bevölkerung, die Umstellung der Heizwerke von

Kohle auf Erdöl, der Auf- und Ausbau der noch immer rudimentären petrochemischen Industrie und ähnliche Faktoren verlangen noch größere Perspektiven, und sie liegen zunächst allein in Westsibirien, wo man 1980 schon soviel Erdöl produzieren möchte wie heute in der ganzen Sowjetunion. Westsibirien, das heißt: Man fährt besser mit dem Boot, als daß man zu Fuß geht, wenn die Temperaturen nicht gerade auf 60 Grad unter den Nullpunkt gefallen sind. Westsibirien, das heißt außerdem: Transportmittel.

Schon heute besteht die sowjetische Energiewirtschaft vorwiegend aus Transportmitteln, aus Erdöl- und Gas-Pipelines. Die Sowjets bauten in den letzten zehn Jahren so lange Gas-Pipelines, daß sie damit die halbe Erde umspannen könnten. Moskau bezieht sein Erdgas erstens aus dem Nordkaukasus, zweitens aus dem Karpatenvorland, drittens aus dem Wolgagebiet. Viertens soll jetzt noch eine Pipeline hinzukommen, die gar in Mittelasien endet.

Solche Vorhaben sind mit ungeheuren Investitionen verbunden. Bis mindestens 1963 ließ sich die Sowjetunion diese Investitionen vorwiegend von den anderen kommunistischen Erdölbeziehern finanzieren. 1959 zum Beispiel mußten die kommunistischen Staaten Osteuropas durchschnittlich um 59 Prozent höhere Preise für sowjetisches Erdöl bezahlen als westeuropäische Bezieher derselben Ware. Und selbst im Jahre 1965 noch mußten die Tschechen 18 Rubel für eine Tonne Sowjetöl auf den Tisch legen, während die SU gleichzeitig Öl zum Preise von nur 9,2 Rubel an die Bundesrepublik Deutschland lieferte. Inzwischen hat sie die Politik der Überpreise durch eine Politik der Erpressung abgelöst: Wer die sowjetischen Investitionen nicht kreditiert, wird blockiert. Die Japaner, so lassen die Sowjets gerne wissen, wären gerne bereit, in Sibirien Kapital zu investieren, wenn sie zwanzig Jahre lang jährlich zehn bis zwölf Millionen Tonnen Sowjetöl beziehen könnten. Bisher hat nur die Tschechoslowakei auf diesen Druck reagiert: Sie erklärte sich bereit, den Sowjets einen 500-Millionen-Dollar-Kredit zu gewähren.

Dennoch und trotz der Pipeline "Freundschaft" dürfen die osteuropäischen kommunistischen Staaten nicht damit rechnen, im Jahre 1980 über genügend Energien zu verfügen. Dann wird nicht nur Osteuropa jährlich zusätzliche 100 Millionen Tonnen Erdöl benötigen, sondern sogar die Sowjetunion, die durch Exporte auf den kapitalistischen Markt, vor allem nach Italien, ihr eigenes Devisenbudget aufbessern möchte. Und es waren offenbar die Sowjets, die die Gefahr einer Energielücke als erste erkannt haben: Sie sind bereit, zum Kostenpunkt von 1,2 Milliarden DM ein Hüttenwerk zu errichten, wenn sie zusätzlich soviel Erdgas aus dem kapitalistischen Lager beziehen dürfen, wie sie heute selbst produzieren. Ihr Handelspartner heißt Persien, von dem wir schon anfangs sprachen...